Einzelpreis 20 Pfg. · 3. Jahrgang · Donnerstag, den 29. Juli 1920 · Nummer 303 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510 4603, 4635, 4640, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortschritte der roten Armee

Vor neuen Entscheidungen

Warschau, 29. Juli.

Der polnische Rückzug auf der ganzen Front dauert weiter an. Die Russen stehen gegenwärtig 15 Werst von Bialystok. Seit drei Tagen findet ein neuer großer russischer Ansturm auf die gesamte polnische Front nach vorbereitendem Trommelfeuer statt. Die Njemenlinie ist auf der ganzen Breite geworfen. Der polnische Gegenstoß bei Grodno ist westlich in seiner Flanke gefaßt und bis etwa 20 Kilometer vor Bialystok zurückgetrieben. Auch die Scharalinie ist von den Polen verlassen. Die Bolschewisten stehen bei Swiolotsch und gehen auch in anderer Richtung vor. Nach einer weiteren Meldung befindet sich Augustowo jetzt in den Händen der Russen. Suwalki ist noch von den Litauern besetzt.

Der polnische Frontbericht

Warschau, 28. Juli.

Generalstabsbericht vom 28. Juli: Am nördlichen Frontabschnitt besetzten unsere Abteilungen planmäßig die Linie Grajewo — Ossowiec — Kamieniec — Litewski — Kobrin. Das Zentrum der polnischen Truppen geht ohne stärkeren Druck des Feindes nach Abwehr örtlicher Angriffe des Gegners an der Kobriner Chaussee mit dem linken Flügel nach Westen zurück, um die Verbindung mit den nördlichen Armeen nicht zu verlieren. Südlich der Stochod-Linie Ruhe. Am Styr und Sereth gruppieren sich unsere Truppen zur Angriffsaktion um. Beim Zbrucz wurden alle feindlichen Angriffe abgewiesen. Westlich von Dubno zersprengten wir die 45. bolschewistische Infanteriedivision und die 14. Kavalleriedivision. Nördlich von Luzk in der Gegend bei Susk (?) haben wir die 131. bolschewistische Brigade geschlagen, wabei wir Kanonen, Wagen, viele Maschinengewehre usw. erbeutet und viele Gefangene machten. Der Feind flüchtet in Unordnung, in der Gegend nördlich von Pinsk beim Oginski-Kanal wurden vom Feind heftige Angriffe unternommen.

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen

Die oberste Leitung der Roten Armee hat durch ein Radiotelegramm das polnische Oberkommando verständigt, daß die Waffenstillstandsverhandlungen am 30. Juli beginnen sollen. Die polnische Heeresleitung hat darauf erwidert:

„Der Empfang der Radiodepesche des Sowjet-Oberkommandos vom 25. Juli wird bestätigt. Das polnische Oberkommando wird seine bevollmächtigten Unterhändler auf die Chaussee Brest-Litowsk—Baranowitschi entsenden an die Stelle, an der die Front sich alsdann befindet. Gleichzeitig bemerken wir, daß der Termin des 30. in unserem Radiotelegramm vom 22. nicht angegeben wurde. Da das Oberkommando der polnischen Armee die Instruktionen der Sowjetarmee nicht kennt, bitten wir um Radiotelegramm über die Behandlung und das Verhalten unserer Delegierten. Trifft ein Radiotelegramm nicht ein, so werden unsere Unterhändler nach dem internationalen Völkerrecht und der Haager Konvention handeln.“

Englische Truppentransporte durch Bayern?

TU. München, 29. Juli.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ gibt gerüchtweise eine Meldung wieder, wonach gestern Nacht 4 Eisenbahnzüge mit 1000 Engländern durch Bayern in der Richtung nach Eger befördert worden seien, die als tschecho-slowakische Kriegsgefangene ausgegeben wurden. Die Züge führten Gepäckwagen mit, in denen sich Waffen befanden. Das Blatt gibt die Nachricht mit allem Vorbehalt wieder.

Diesem Vorbehalt müssen wir uns zwar anschließen, aber wir möchten doch die Eisenbahner zu größter Aufmerksamkeit aufrufen. Das erscheint uns umso notwendiger, als eine andere Meldung von polnischer Seite behauptet, es hätten Beratungen zwischen den Weststaaten über die Hilfe für Polen stattgefunden. Man treffe Vorbereitungen, um gerüstet zu sein für den Fall, daß kein Waffenstillstand zustande komme. Klingt alles das auch höchst zweifelhaft, so ist es doch nötig, auf alles gefaßt zu sein.

Notenwechsel mit Sowjet-Rußland

HA. London, 28. Juli.

Bonar Law erklärte im Unterhaus, man habe sich in Boulogne dazu entschlossen, eine Antwort auf die jüngste Sowjetnote zu schicken. Die Antwortnote sei bereits fertig, es wurde aber vereinbart, sie nicht abzuschicken oder zu veröffentlichen, ehe die italienische Regierung den Inhalt genehmigt habe. Diese Genehmigung wird heute erwartet.

Rußland und England

Die russische Handelskommission unterwegs

London, 28. Juli.

Reuter erfährt, daß die Handelskommission Sowjetrußlands am 26. Juli Moskau verlassen hat, um sich nach Reval zu begeben. Sie soll in Stockholm mit Krassin zusammentreffen.

Churchill gegen Englands Polenpolitik

HA. London, 29. Juli.

In „Evening News“ veröffentlicht Churchill einen Artikel gegen die Polenpolitik Großbritanniens. Ein wirklicher Frieden mit den Bolschewisten sei unmöglich, da der Bolschewismus die Weltrevolution als einziges Ziel habe. Er würde Polen entweder militärisch überschwemmen oder es durch seine kommunistische Propaganda untergraben. In beiden Fällen würde Deutschland vor die Wahl gestellt, entweder seine Kultur in diesem allgemeinen Bolschewismus untergehen zu sehen oder mit seinen besten Kräften einen Damm gegen die rote Hochflut aufzuwerfen. Wenn Deutschland das letztere erfolgreich tue, würde es der ganzen Welt einen großen Dienst erweisen und seine eigene Bußfertigkeit zeigen. Dadurch würde Deutschland der Weg geöffnet sein, seinen alten großen Platz in der Welt wieder einzunehmen und der Weg der Zusammenwirkung zwischen England, Frankreich und Deutschland erleichtert werden.

Die deutschen Arbeiter werden eine solche Politik des Wahnsinns zu verhüten wissen. Und Herr Churchill kann überzeugt sein, daß die englische Arbeiterklasse in diesem Punkte vollends eines Sinnes mit dem deutschen Proletariat ist.

Litauen und Sowjetrußland

Kopenhagen, 28. Juli.

Wie „Berlingske Tidende“ aus Kowno meldet, sind die litauischen Besatzungstruppen nun aus Wilna hinter die festgesetzte Frontlinie zurückgezogen worden. In Wilna verblieb nur die litauische Kommandantur, um die litauische Forderung nach litauischer Zivilverwaltung geltend zu machen. Der Durchzug von vier russischen Heeren durch Wilna hat vom 21. bis 25. Juli gedauert.

Das Proletariat und die internationale Politik

In der Inauguraladresse von Karl Marx, die im Jahre 1864 als erste programmatische Kundgebung der damals gegründeten sozialistischen Internationale erschien, wird es als die Pflicht der arbeitenden Klassen bezeichnet, „selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu meistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten“.

Der Kampf für eine solche auswärtige Politik, heißt es in der Adresse weiter, bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. Dieser Parole ist das Proletariat Europas und Amerikas all die Jahrzehnte, die nach der Gründung der ersten Internationale verstrichen sind, treu geblieben. Neben dem Kampf um die Hebung der Lebenslage der Arbeiter und um die Eroberung der politischen Macht ist der Kampf gegen die auswärtige Politik der kapitalistischen Regierungen das leitende Prinzip der Arbeiter aller Länder gewesen. Aus Anklägern, die die Verbrechen des Imperialismus und Militarismus brandmarkten und die Schliche der Geheimdiplomatie aufdeckten, sind sie in dem halben Jahrhundert nach der Gründung der ersten Internationale zum stärksten und wichtigsten Faktor der auswärtigen Politik geworden.

Diese Entwicklung verfolgen die bürgerlichen Klassen und ihre Regierungen mit zunehmender Besorgnis und ihre Hauptanstrengungen sind schon seit Jahrzehnten darauf gerichtet, den Prozeß der Eroberung der auswärtigen Politik durch das Proletariat aufzuhalten, um sich diese wichtigste Domäne ihrer Macht zu erhalten. Nur selten dringt in den bürgerlichen Kreisen die Erkenntnis durch, daß der internationale Kampf des Proletariats gegen die auswärtige Politik der bürgerlichen Regierungen nicht irgendwelchen engen Partei- oder Klasseninteressen dient, sondern im Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung liegt.

Die Ansätze zu einer solchen Erkenntnis finden wir in einem Artikel von Dr. Paul Nathan im „Berliner Tageblatt“, in dem an Hand einer Reihe markanter Beispiele vom Proletariat als von einer „neuen Großmacht“ auf dem Gebiete der internationalen Politik gesprochen wird. Der Verfasser sagt mit Recht, daß die Arbeiterklasse nun über Worte, über papierne Proteste und Demonstrationen, zu Taten gelangt ist, die jedenfalls der erste reale Vorstoß sind, „neben der internationalen Politik der Kabinette die internationale Politik der Massen zur Geltung zu bringen; ein Traum der friedlichen Arbeitermassen, und kein böser Traum“.

Als Beispiel einer solchen aktiven Einmischung des Proletariats in die auswärtige Politik führt Dr. Nathan den Boykott des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen Horthy-Ungarn an, der bereits zum Sturz des ungarischen Ministeriums geführt hat, und der hoffentlich mit einem vollen Siege der Arbeiterklasse enden wird. Dr. Nathan schreibt:

„Eines ist nicht mehr zweifelhaft; dieser Krieg der internationalen Arbeitermassen ohne Flinten und ohne Kanonen und ohne Giftgase vermochte einen Staat an den Rand der politischen Katastrophe zu bringen. Die Welt nimmt diese Erscheinung hin, und die Zahl derer ist noch nicht sehr groß, die sich der vollen Tragweite dieses Vorganges bewußt sind.“

Ganz recht. Nur wenige sind sich der vollen Tragweite dieses Vorganges bewußt, am wenigsten in den Reihen jener gesellschaftlichen Kreise, die Herrn Dr. Nathan nahe stehen. Und ebensowenig haben diese Kreise bisher Verständnis dafür gezeigt, daß auch Deutschland seine internationale Stellung wesentlich verbessert hätte, wenn das Proletariat der äußeren und inneren Politik der deutschen Republik den Stempel seiner revolutionären Gesinnung hätte aufdrücken können.

Jetzt weist Dr. Nathan auf den starken Eindruck der Rede Hues auf der Konferenz in Spaa hin, und er lobt den Reichsminister Simons, daß er diesem Vertreter der deutschen Bergarbeiter „mit gutem Vorbedacht die Tür in Spaa geöffnet“ habe. Er verweist auch auf das Echo, das die Rede Hues bei den englischen Bergarbeitern gefunden hat, die jetzt erklärt haben, daß sie es sich überlegen würden, ob ihr internationales Solidaritätsgefühl ihnen gestatte, die Diktate von Spaa zu ratifizieren. Glaubt Herr Dr. Nathan nicht, daß dieses Echo weit stärker gewesen wäre, wenn man den Vertretern der Arbeiter nicht bloß „mit Vorbedacht die Tür in Spaa geöffnet hätte“, sondern wenn die Delegierten der deutschen Arbeiterklasse als souveräne Vertreter Deutschlands zu den Regierungen der westlichen Siegerstaaten, und über ihre Köpfe hinweg zu den Arbeitern dieser Staaten hätten sprechen können?

Deutsche Weißgardisten gegen Rußland

Geheime Werbungen bei der Reichswehr

Der Reichswehrminister hat an die Reichswehr einen Befehl ergehen lassen, der die geheimen Werbungen, die gegenwärtig wieder sehr stark betrieben werden, untersagt. In dem Befehl heißt es:

„Unter einem mehr oder weniger patriotischen Decknamen werden z. Zt. in Deutschland von verschiedenen Organisationen militärische Werbungen betrieben, vor denen in der Oeffentlichkeit nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann.

Auf der einen Seite suchen gewissenlose Werber aktive und entlassene Heeresangehörige zur „Bekämpfung des Bolschewismus“ geheimnisvollen Formationen zuzuführen, die von Ostpreußen, vom Baltenland, von Finnland aus gegen das bolschewistische Rußland zu Felde ziehen sollen. Aehnliche Bestrebungen sind scheinbar im Gange, um den südrussischen Gegenrevolutionären auf der Krim Freiwillige zuzuführen. Hier scheint Major a. D. Bischoff von Ungarn aus seine Hand im Spiel zu haben.

Auf der anderen Seite wird auch von bolschewistischen Kreisen Kanonenfutter für die Rote Armee gesucht.

Diese Art von Werbern operiert so, daß sie ihre Leute zunächst unter der Vortäuschung, es gelte den Kampf gegen den Bolschewismus, zu einem Sammelpunkt lockt, der möglichst weit von ihrem Heimatsorte entfernt ist. Wenn den Getäuschten dann die Mittel für die Heimfahrt fehlen, wird ihnen eröffnet, sie müßten in die Rote Armee eintreten und mit ihr den Kapitalismus aller Völker bekämpfen.

Alle diese Werbungen, für weiße, wie für rote Garden müssen auf das Schärfste bekämpft werden.“

In diesem Befehl paart sich harmonisch Wahrheit und Dichtung. Daß sich in Deutschland eine „rote Armee“ bildet, ist rein materiell unmöglich, was auch dem Reichswehrministerium, das doch immerhin einige Kenntnisse in militärischen Dingen besitzen dürfte, sehr gut bekannt ist. Die Bildung von weißen Garden hingegen ist eine Tatsache. Was der Reichswehrminister darüber berichtet, ist die logische Fortsetzung der Baltikumpolitik, die im vorigen Herbst durchkreuzt wurde, aber noch viele rührige Anhänger in der deutschen Wehrmacht hat. Das Ziel ist: die russische Revolution im engsten Zusammenarbeiten mit den zaristischen Verschwörern niederzuwerfen, nach vollbrachtem Werk Kehrt zu machen, um mit russischer Hilfe in Deutschland die Monarchie aufzurichten. Der Sammelpunkt für alle diese Bestrebungen ist Ostpreußen. Durch die Verhängung des Belagerungszustandes und die Ernennung des weißgardistischen Generals von Dassel zum obersten Befehlshaber, ist die Regierung den Plänen der Verschwörer sehr weit entgegengekommen. Das Verbot der Werbungen durch den Wehrminister wird also fruchtlos bleiben, wenn die Regierung nicht zu gleicher Zeit die weißgardistischen Generäle beseitigt und ihnen durch die Aufhebung des Belagerungszustandes die Möglichkeit zur Sammlung aller konterrevolutionären Kräfte nimmt.

Herr Dr. Rat[illegible]n bezeichnet es auch mit Genugtuung, daß die Danziger Hafenarbeiter sich weigern, die für Polen eintreffenden Munitionsschiffe zu entladen, weil Deutschland im Kampfe zwischen Sowjetrußland und Polen neutral zu bleiben wünscht. Damit wird auch von bürgerlicher Seite anerkannt, daß nicht papierne Neutralitätserklärungen der Regierung, sondern in erster Linie die Aktivität der Arbeiterklasse die sicherste Grundlage einer auswärtigen Politik ist, die nicht allein den Wünschen und Sympathien der arbeitenden Massen, sondern auch den realen Interessen des gesamten Landes entspricht.

Wir verzeichnen diese Aeußerungen als ein interessantes Symptom. Möglich — ja sehr wahrscheinlich —, daß diese Aeußerungen nur in Anbetracht der gegenwärtigen außenpolitischen Konstellationen das Licht der Welt erblicken konnten. Bei einer Aenderung dieser Situation werden sie vielleicht schon morgen durch Aeußerungen entgegengesetzter Natur übertönt werden. Doch unbekümmert um Anfeindungen, die aus Unkenntnis oder absichtlicher Verkennung seiner Ziele entspringen, wird das Proletariat seinen Weg weiter verfolgen und alle Kräfte anspannen, um als „neue Großmacht" nicht nur den herrschenden Gewalten entgegenzutreten, sondern gestützt auf seine wachsende Macht die bürgerliche Welt im Sinne des Sozialismus und der Völkerverbrüderung umzugestalten.

Antisemitische Demokraten

Beratungen des Hauptausschusses des Reichstages

Bei dem Titel D, Reichsgesundheitsamt (Reichsamt des Innern) wünschte Abg. Genosse Kunert zu wissen, welche Forschungsarbeiten auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes insbesondere für die Bergarbeiter vorgenommen seien, welche Einwirkung der fünfjährigen Unterernährung auf den Volksgesundheitszustand im allgemeinen amtlich zu konstatieren sei, welche Gegenmaßnahmen getroffen seien. Kunert ersuchte um eine klare, offene Antwort unter Vermeidung aller hygienischer Schönfärberei.

Die Antwort des Präsidenten des Gesundheitsamtes, Dr. Bumm, der wiederholt zu Worte kam, war absolut unzulänglich, wobei die Beteuerung seiner amtlichen Objektivität starke Angriffe seitens der Abgg. Henke, Kunert und Hoch hervorrief. — Vergeblich suchte ihn der Minister des Innern, Koch, dagegen zu schützen; ja er wurde im Verlauf der heftigen Debatte in die schwere Niederlage des Herrn Bumm mitverwickelt. Kunert wies einwandfrei nach, daß Bumm noch im Jahre 1918 — als das Millionensterben der Zivilbevölkerung in allen Altersstufen bereits längst eingesetzt hatte — in seiner Amtsstellung im Parlament darauf hinwies, daß Deutschland den Krieg ohne Erschütterung der Volksgesundheit überstehen und bis zum Siege durchhalten könne. — Dazu machte Herr Koch die verunglückte Bemerkung, daß damals alle Beamte zum Durchhalten aufgerufen hätten, so daß dem Einzelnen kein Vorwurf daraus zu machen sei. — Demgegenüber stellte Kunert fest, daß Bumms Vorgehen unverantwortlich und er deshalb schon 1918 ein moralisch völlig erledigter Mann gewesen sei.

Gegenüber einem antisemitischen Antrag der Deutschnationalen, der zur Verhütung der Einwanderung „fremdstämmiger" Personen ihre Ausweisung, wenn sie „lästig" geworden, und ihre Internierung, wenn sie mittellos sind, forderte, stellt die Genossin Zietz namens der Fraktion den Antrag:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag schleunigst eine Denkschrift vorzulegen über die seit 1913 nach Deutschland erfolgte Einwanderung, bzw. aus Deutschland erfolgte Auswanderung."

Sie führte zur Begründung aus, daß eine solche Denkschrift über die gesamte Ein- und Auswanderung erst die Grundlagen abgeben könne über etwaige Maßnahmen gegen Uebelstände, die sich bei großen Völkerverschiebungen in sanitärer und sonstiger Hinsicht notwendig machen können. Auf das schärfste müßten wir jedoch den antisemitischen Antrag der Deutschnationalen bekämpfen, dessen Annahme eine starke Stütze der unerhörten antisemitischen Hetze bedeuten würde, die zu Verfolgungen gegen politisch Mißliebige ausgenutzt werde, wie die Erfahrung genugsam gelehrt habe. Wenn Mumm zur Begründung seines Antrages die Befürchtung ausgesprochen habe, die deutsche Kultur werde herabgedrückt durch Einwanderung Fremdstämmiger aus dem Osten, so habe sie nie diese Befürchtung äußern hören, wenn man polnische, russische und jüdische Landarbeiter und Bergarbeiter in Massen in Deutschland hereingezogen habe, um ihre Arbeitskraft zugunsten der Krautjunker und Schlotbarone auszubeuten. Die größte Kulturschande Deutschlands sei dagegen der immer mehr ins Kraut schießende radaulustige Antisemitismus.

Genosse Rosenfeld stellt gegenüber der Behauptung des Herrn Bruhn („Wahrheit"-Bruhn), daß die eingewanderten Ostjuden fast sämtlich Schieber und Wucherer seien, fest, daß bei der kürzlich vorgenommenen Verhaftung zahlreicher Juden, an deren Freilassung mitgewirkt zu haben, er sich wahrlich nicht schäme, keine genommen.

Schieber und Wucherer gewesen seien. Er brandmarkte das Verlangen, mittellose Einwanderer internieren zu wollen, und stellte diesem Begehren der Deutschnationalen, dem sich Graf Kardorf anschloß, die Tätigkeit der jüdischen Unterstützungsvereinigung und Arbeiterorganisationen gegenüber, die in vorbildlicher Weise für die mittellosen Einwanderer Sorge tragen. In äußerst scharfer und geschickter Weise rechnete unser Genosse mit dem Demokraten Pachnicke ab, der, obgleich just seine Partei bei der Reichstagswahl unter der antisemitischen Radauagitation gelitten hat, für den Antrag der Deutschnationalen sprach und stimmte. Bei der Abstimmung wurden die beiden ersten Absätze des Antrages angenommen gegen unsere Stimme und die der Rechtssozialisten, ferner unser Antrag im Gegensatz zum dritten Absatz des deutschnationalen an-

Also doch!

Zu unserer Veröffentlichung, daß die Einwohnerwehr sich jetzt in die Firma „Selbstschutz, E. G. m. b. H." umgewandelt hat, erklärt die preußische Regierung, daß zwar nicht am 14., wohl aber am 17. Juni ein Erlaß ergangen sei, der die Oberpräsidenten mit der Ueberwachung aller Wehren und Schutzorganisationen beauftragt habe. Das heißt soviel, daß die Einwohnerwehren tatsächlich noch fortbestehen, und zwar mit Zustimmung der preußischen Regierung. Denn wenn diese das Fortbestehen der Wehren ernsthaft verhindern wollte, dann dürfte sie nicht die Regierungspräsidenten mit der Ueberwachung der militärischen Nebenorganisationen beauftragen, sondern sie müßte ein bestimmtes Verbot erlassen und durch entsprechende strenge Maßnahmen für dessen unbedingte Durchführung sorgen. Das bisherige Verhalten der Regierung aber läuft auf eine stillschweigende Duldung hinaus, daher auch die Rührigkeit, die von den Organisatoren der Bürgerwehren jetzt wieder an den Tag gelegt wird. Der in unserer letzten Veröffentlichung genannte Hauptmann Krausnick, hat eben wieder folgendes Rundschreiben verschickt:

Kreisamt Hallesches Tor. Berlin SW. 68.
Schützenstr. 3, Zimmer 48.
Zentrum 1093, 1094.

Am 26. Juli um 8 Uhr abends findet im Lokal Köpenicker Straße 174 eine Versammlung der Mitglieder der ehemaligen E.-W. Abteilung 6 (Südost) statt. Tagesordnung: 1. Mitteilung über eine neue Organisation. 2. Freie Aussprache. Ihr Erscheinen ist dringend erwünscht.

Der Kreisrat. gez. Krausnick.

Das ist keine „Auflösung", sondern Aufrüstung! Die Berliner wollen anscheinend mit den Bayern in Wettstreit treten. Dort werden gegenwärtig allein 500 Münchener Mittelschüler von Offizieren, darunter einem Oberst, im Waffendienst ausgebildet. Die Leutchen erhalten pro Tag 16 Mark Löhnung und ausgezeichnete Verpflegung. Dauer des Kursus: Fünf Wochen.

•

Genosse Kunert hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Weiß die Reichsregierung, daß die gut ausgerüstete und bewaffnete Berliner Einwohnerwehr — um der Auflösung ihrer militärischen Organisation vorzubeugen — sich umorganisiert und umgetauft hat, unter der Bezeichnung „Berliner Selbstschutz, e. G. m. b. H."? Ist es der Reichsregierung ferner bekannt, daß diese rein militärisch orientierte Truppe auch unter der neuen Firma den alten Zweck verfolgt, eine wohlgedrillte reaktionäre Schutzformation für die Hochhaltung militaristisch-kapitalistischer Interessen und gleichzeitig zur Niederhaltung proletarischer Klassenbestrebungen zu stellen? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?"

Wenn die Regierung es gestatten sollte, den „Selbstschutz" bestehen zu lassen, dann erwächst der Arbeiterschaft die Pflicht, vor aller Oeffentlichkeit sofort eine ähnliche Organisation ins Leben zu rufen. Denn die Regierung wird sich schlechterdings nicht weigern können, eine Organisation zum Schutze der Republik anzuerkennen, wenn sie die Bildung von konterrevolutionären Bürgergarden, deren Ziel es ist, die Republik zu beseitigen, nicht unterbindet und diese Garden sogar mit Waffen und Munition versorgt.

Unschuldlämmer. Der Deutsch-völkische Arbeitsring schickt uns folgende Berichtigung: „Es ist unwahr, daß der zweite Auftritt vor der französischen Botschaft durch den Deutsch-völkischen Arbeitsring inszeniert ist. — Wahr ist vielmehr, daß der Deutsch-völkische Arbeitsring auch mit diesem zweiten Exzeß nicht das geringste zu tun hat." Stimmt! Wir haben erst nachträglich erfahren, daß sich der Deutsch-völkische Arbeitsring nur mit der Pflege pazifistischer Gedanken befaßt.

Kriegslügen. In der Presse erschienen in den letzten Tagen wiederholt Meldungen über eine Mobilmachung der rumänischen Armee. Es hieß sogar, die Sowjettruppen seien bereits in Bessarabien eingebrochen. Alle diese Nachrichten sind unwahr.

Die Vorschüsse an Deutschland

Schwierigkeiten in der Pariser Kammer?

Paris, 29. Juli.

Der Finanzausschuß der Kammer beriet gestern nachmittag den Gesetzentwurf über die Bewilligung der durch das Kohlenabkommen mit Deutschland notwendig gewordenen Vorschüsse. Nachdem der Finanzminister eine ganze Reihe von Fragen einzelner Mitglieder beantwortet hatte, weigerte sich der Ausschuß mit 12 gegen 8 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen in die Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Man nimmt an, daß auf Antrag des Ministerpräsidenten der Finanzausschuß sich heute nachmittag in seiner Anwesenheit nochmals mit der Kreditforderung befassen wird.

TU. Paris, 29. Juli.

In parlamentarischen Kreisen Frankreichs kritisiert man eisig, daß Frankreich sich in Spaa verpflichtet hat, Deutschland für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Bergarbeiter monatlich 200 Millionen zu zahlen. Man befürchtet im Zusammenhang damit bereits, daß das Ergebnis der Konferenz von Genf inbezug auf die Frankreich zufallende Entschädigungssumme zu niedrig ausfallen werde und wünscht aus diesem Grunde eine Verschiebung der Genfer Konferenz. In der Kammer dürfte es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen, weil Frankreich etwas an Deutschland bezahle, bevor es von Deutschland irgend eine Summe erhalten hat. Die französische und die belgische Regierung beabsichtigen deshalb, die Lebensmittelkredite für die deutschen Bergarbeiter durch eine von der Wiedergutmachungskommission aufzunehmende Anleihe aufzubringen, für welche die Alliierten gemeinsam haften sollen

Amnestie in Frankreich

Paris, 28. Juli. (Havas.)

Die Kammer hat die Vorlage über die Gewährung der Amnestie einstimmig angenommen. Dem Wortlaut des Gesetzes zufolge wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, die Wehrmänner, auf die das Gesetz nicht ohne weiteres Anwendung findet, auf dem Gnadenwege zu amnestieren.

Reaktionäre Minderheitsregierung in Mecklenburg

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Rostock, 29. Juli.

Als Ministerpräsident von Mecklenburg wurde Professor Dr. Reinke-Bloch gewählt, als Minister Amtsgerichtsrat Erytropel, Landgerichtsrat Schmidt, Oekonomierat Steinmann und Fabrikbesitzer Dettmann. Das Ministerium wurde mit 29 Stimmen gewählt, gegen 35 abgegebene weiße Zettel.

Keine Regierung in Thüringen

Weimar, 28. Juli.

Die Regierungsbildung in Thüringen ist gescheitert. Nachdem die Mehrheitssozialisten erklärt haben, sich nicht an einer Regierung beteiligen zu wollen, in welcher der Landbund, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei vertreten sind, bestand nur noch die Möglichkeit, aus diesen drei Gruppen und den Demokraten eine Regierung zu bilden, die allerdings mit nur einer Stimme Mehrheit hätte rechnen, aber doch wenigstens vorläufig die Geschäfte führen können. Die Demokraten konnten sich nicht entschließen, eine Regierung zu bilden, an der nur Politiker und Beamte teilnehmen sollten, die der Deutschen Volkspartei und dem Landbund angehörten.

Das Kommunalisierungsgesetz

Auf die vom Abgeordneten Heimann gestellte Anfrage über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben hat die Regierung geantwortet: Der Gesetzentwurf betreffend die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben liegt zurzeit dem Reichsrat vor, von dem er noch nicht verabschiedet ist. Auch sollen die Abschlußverhandlungen des Sozialisierungsausschusses abgewartet werden, der sich gegenwärtig mit dem Entwurf beschäftigt, und bereits beachtliche Abänderungsvorschläge gemacht hat.

Die Kosten für die Reichstagswahlen belaufen sich insgesamt auf 17½ Millionen Mark, die das Reich zu vier Fünfteln trägt. Die Parteien erhalten aus dieser Summe ihre Aufwendungen für die Stimmzettelherstellung ersetzt.

Friedrich Hölderlin:

(1770—1843)

Ueber Deutschland und die Deutschen

Hyperion an Bellarmin.

Hölderlins erschütternde Anklage trägt äußerlich eine nationale Form; die innerliche Macht der vernichtenden Wahrheiten aber dröhnt mit revolutionärer Gewalt gegen die Entfremdung der gesamten profitiell-kapitalistisch zerfaulenden Menschheit.

So kam ich unter die Deutschen. Ich forderte nicht viel und war gefaßt, noch weniger zu finden. Demütig kam ich, wie der heimatlose blinde Oedipus zum Tore von Athen, wo ihn der Götterhain empfing, und schöne Seelen ihm begegneten —

Wie anders ging es mir!

Barbaren von altersher, durch Fleiß und Wissenschaft und selbst durch Religion barbarischer geworden, tief unfähig jedes göttlichen Gefühls, verdorben bis ins Mark zum Glück der heiligen Grazien, in jedem Grad der Uebertreibung und der Aermlichkeit beleidigend für jede gute geartete Seele, dumpf und harmonienlos, wie die Scherben eines weggeworfenen Gefäßes — das, mein Bellarmin! waren meine Tröster.

Es ist ein hartes Wort und dennoch sag' ich's, weil es Wahrheit ist: ich kann kein Volk mir denken, das zerrissener wäre, wie die Deutschen. Handwerker siehst du, aber keine Menschen, Denker, aber keine Menschen, Priester, aber keine Menschen, Herrn und Knechte, Jungen und gesetzte Leute, aber keine Menschen — ist das nicht, wie ein Schlachtfeld, wo Hände und Arme und alle Glieder zerstückelt untereinander liegen, indessen das vergossene Lebensblut im Sande zerrinnt?

Ein jeder treibt das Seine, wirst du sagen, und ich sag' es auch. Nur muß er es mit ganzer Seele treiben, muß nicht jede Kraft in sich ersticken, wenn sie nicht gerade sich zu seinem Titel paßt, muß nicht mit dieser kargen Angst, buchstäblich heuchlerisch das, was er heißt, nur sein, mit Ernst, mit Liebe muß er das sein, was er ist, so lebt ein Geist in seinem Tun, und ist er in ein Fach gedrückt, wo gar der Geist nicht leben darf, so stoß' er's mit Verachtung weg und lerne pflügen! Deine Deutschen aber bleiben gerne beim notwendigsten, und darum ist bei ihnen auch so viele Stümperarbeit und so wenig Freies, Echterfreuliches. Doch das wäre zu verschmerzen, müßten solche Menschen nur nicht fühllos sein für alles schöne Leben, ruhte nur nicht überall der Fluch der gottverlassenen Unnatur auf solchem Volke. —

Die Tugenden der Alten seien nur glänzende Fehler, sagt' einmal, ich weiß nicht, welche böse Zunge; und es sind doch selber ihre Fehler Tugenden, denn da noch lebt ein kindlicher, ein schöner Geist, und ohne Seele war von allem, was sie taten, nichts getan. Die Tugenden der Deutschen aber sind ein glänzend Uebel und nichts weiter; denn Notwerk sind sie nur, aus feiger Angst, mit Sklavenmühe, dem wüsten Herzen abgedrungen, und lassen trostlos jede reine Seele, die von Schönem gern sich nährt, ach! die verwöhnt vom heiligen Zusammenklang in edleren Naturen, den Mißlaut nicht erträgt, der schreiend ist in all der toten Ordnung dieser Menschen.

Ich sage dir: es ist nichts Heiliges, was nicht entheiligt, nicht zum ärmlichen Befehl herabgewürdigt ist bei diesem Volk, und was selbst unter Wilden göttlich rein sich meist erhält, das treiben diese allberechnenden Barbaren, wie man so ein Handwerk treibt, und können es nicht anders; denn wo einmal ein menschlich Wesen abgerichtet ist, da dient es seinem Zweck, da sucht es seinen Nutzen, es schwärmt nicht mehr, bewahre Gott! es bleibt gesetzt, und wenn es feiert und wenn es liebt und wenn es betet und selber, wenn des Frühlings holdes Fest, wenn die Versöhnungszeit der Welt die Sorgen alle löst, und Unschuld zaubert in ein schuldig Herz, wenn von der Sonne warmem Strahle berauscht, der Sklave seine Ketten froh vergißt und von der gottbesseelten Luft besänftiget, die Menschenfeinde friedlich, wie die Kinder, sind — wenn selbst die Raupe sich beflügelt und die Biene schwärmt, so bleibt der Deutsche doch in seinem Fach' und kümmert sich nicht viel ums Wetter.

Aber du wirst richten, heilige Natur! Denn, wenn sie nur bescheiden wären, diese Menschen, zum Gesetze nicht sich machten für die Besseren unter ihnen! Wenn sie nur nicht lästerten, was sie nicht sind, und möchten sie doch lästern, wenn sie nur das Göttliche nicht höhnten! —

Oder ist nicht göttlich, was ihr höhnt und seellos nennt? Ist besser, denn euer Geschwätz, die Luft nicht, die ihr trinkt? Der Sonne Strahlen, sind sie edler nicht, denn all' ihr Klugen? Der Erde Quellen und der Morgentau erfrischen euern Hain; könnt ihr auch das? Ach! Toten könnt ihr, aber nicht lebendig machen, wenn es die Liebe nicht tut, die nicht von euch ist, die ihr nicht erfunden. Ihr sorgt und sinnt, dem Schicksal zu entlaufen und begreift es nicht, wenn eure Kinderkunst nichts hilft; indessen wandelt harmlos droben das Gestirn. Ihr entwürdiget, ihr zerreißt, wo sie euch duldet, die geduldige Natur, doch lebt sie fort, in unendlicher Jugend, und ihren Herbst und ihren Frühling könnt ihr nicht vertreiben, ihren Aether, den verderbt ihr nicht.

O göttlich muß sie sein, weil ihr zerstören dürft, und dennoch sie nicht altert und trotz euch schön das Schöne bleibt! —

Es ist auch herzzerreißend, wenn man eure Dichter, eure Künstler sieht, und alle, die den Genius noch achten, die das Schöne lieben und es pflegen. Die Guten, sie leben in der Welt, wie Fremdlinge im eigenen Hause, sie sind so recht, wie der Dulder Ulyß, da er in Bettlersgestalt an seiner Türe saß, indes die unverschämten Freier im Saale lärmten und fragten, wer hat uns den Landläufer gebracht?

Voll Lieb' und Geist und Hoffnung wachsen seine Musenjünglinge dem deutschen Volk heran: du siehst sie sieben Jahre später, und sie wandeln, wie die Schatten, still und kalt, sind, wie ein Boden, den der Feind mit Salz besäete, daß er nimmer einen Grashalm treibt; und wenn sie sprechen, wehe dem! Der sie versteht, der in der stürmenden Titanenkraft, wie in ihren Proteuskünsten den Verzweiflungskampf nur sieht, den ihr gestörter, schöner Geist mit den Barbaren kämpft, mit denen er zu tun hat.

Es ist auf Erden alles unvollkommen, ist das alte Lied der Deutschen. Wenn doch einmal diesen Gottverlassenen einer sagte, daß bei ihnen nur so unvollkommen alles ist, weil sie nichts Reines unverdorben, nichts Heiliges unbetastet lassen mit den plumpen Händen, daß bei ihnen nichts gedeiht, weil sie die Wurzel des Gedeihens, die göttliche Natur nicht achten, daß bei ihnen eigentlich das Leben schaal und sorgenschwer und übervoll von kalter, stummer Zwietracht ist, weil sie den Genius verschmähen, der Kraft und Adel in ein menschlich Tun, und Heiterkeit ins Leiden, und Lieb' und Brüderschaft den Städten und den Häusern bringt.

Und darum fürchten sie auch den Tod so sehr, und leiden, um des Austernlebens willen, alle Schmach, weil Höheres sie nicht kennen, als ihr Machwerk, das sie sich gestoppelt.

O Bellarmin! Wo ein Volk das Schöne liebt, wo es den Genius in seinen Künstlern ehrt, da weht, wie Lebensluft, ein allgemeiner Geist, da öffnet sich der scheue Sinn, der Eigendünkel schmilzt, und fromm und groß sind alle Herzen und Helden gebiert die Begeisterung. Die Heimat aller Menschen ist bei solchem Volk und gerne mag der Fremde sich verweilen. Wo aber so beleidigt wird die göttliche Natur und ihre Künstler, ach! da ist des Lebens beste Lust hinweg, und jeder andere Stern ist besser, denn die Erde Wüster immer, oder werden da die Menschen, die doch alle schön geboren sind; der Knechtsinn wächst, mit ihm der grobe Mut, der Rausch wächst mit den Sorgen, und mit der Ueppigkeit der Hunger und die Nahrungsangst; zum Fluche wird der Segen jedes Jahres und alle Götter fliehen.

Und wehe dem Fremdling, der aus Liebe wandert, und zu solchem Volke kommt, und dreifach wehe dem, der, so wie ich, von großem Schmerz getrieben, ein Bettler meiner Art, zu solchem Volke kömmt! —

Genug! Du kennst mich, wirst es gut aufnehmen, Bellarmin! Ich sprach in deinem Namen auch, ich sprach für alle, die in diesem Lande sind und leiden, wie ich dort gelitten.

Ein Wendepunkt in der Angestelltenbewegung?

Genosse Fritz Wolff, Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten, schreibt uns:

Die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte in einer selbständigen Organisation neben der Erfassung durch die Gewerkschaften, die in den letzten Monaten viele Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe hervorgerufen hat, zieht jetzt auch die bisher noch etwas weniger interessierten Angestelltenkreise in ihren Bann. Durch den nur gegen die Stimmen der beiden Vertreter der „Afa" gefaßten Beschluß der Gewerkschaftskommission, auf jeden Fall zu einer Einigung mit der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße zu kommen, besteht für die „Afa" die große Gefahr, von der Arbeiterbewegung isoliert zu werden. Die Verantwortung dafür kann und will die Leitung der „Afa" nicht allein übernehmen, und deshalb hat sie die Betriebsräte der „Afa" erneut zusammengerufen, um die Entscheidung darüber in ihre Hände zu legen.

Im nachfolgenden soll versucht werden, eine Abwägung des Für und Wider zu geben. Es wird hier nicht über eine Organisationsform, über das Erhalten oder das Verschwinden einzelner Personen, sondern über die schwerwiegende Frage zu entscheiden sein: Marschieren Arbeiter und Angestellte bei den unzweifelhaft bevorstehenden schweren wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen geeint oder getrennt?

Worin liegt nun die Ursache für die augenblicklich für jeden objektiven Beobachter deutlich erkennbare Animosität weiter Schichten von Arbeitern und Angestellten gegeneinander? Die Novemberrevolution hatte durch die Arbeiter- und Angestelltenräte ein Zusammenarbeiten und auch gemeinsames Denken in vielen wirtschaftlichen und politischen Fragen herbeigeführt, die teils im Betriebe, teils außerhalb des Betriebes gemeinsam zum Austrag gebracht wurden, und damit war eine gewisse Annäherung zwischen Arbeitern und Angestellten geschaffen. Große Massen, bisher von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation nicht Ueberzeugter strömten jetzt in die freien Angestellten-Gewerkschaften, von ihnen neben der Wahrnehmung rein wirtschaftlicher Interessen auch Aufklärung über im Vordergrund stehende Fragen allgemeiner Natur erwartend. Die Schlagworte „Sozialisierung", „Ueberwindung des Kapitalismus" usw. waren für die meisten ebenso große Probleme, wie es die Gewerkschaftsbewegung an sich für sie war. Bald aber hatten die Gewerkschaften, die trotz der gewonnenen Körperfülle unmittelbar nach der Revolution durch die Tätigkeit der Arbeiterräte auch in Lohnfragen eine gewisse Ruhepause gehabt hatten, wieder ihre bisherige aufreibende Tagesarbeit, die Schlichtung von Lohn- und Tarifstreitigkeiten infolge der immer größer werdenden Entrechtung der Arbeiterräte in so großen Umfange zu übernehmen, daß die wenigen vorhandenen organisatorischen und agitatorischen Kräfte kaum ausreichten, um die in dieser Hinsicht an sie gestellten ungeheuren Anforderungen zu bewältigen. Und hierin liegt der Grund für das große Uebel, dessen Folgen sich heute so sehr bemerkbar machen. Das vorhanden gewesene Interesse für Politik und Wirtschaft, das durch den November 1918 über die Angestellten gekommen war, verschwand nach und nach durch die in den Vordergrund gestellte Frage: wieviel Lohnerhöhung bringt uns der nächste Tarif?

Gewiß ist an vielen Stellen den Angestellten gesagt worden, daß sie eine Verbesserung ihrer Klassenlage nicht durch den Kampf um den Lohnpfennig erzielen können. Aber wo sind die Betriebe, in denen im letzten Jahre Betriebsversammlungen von Angestellten stattfanden, wo über wirtschaftspolitische oder soziale Fragen gesprochen worden ist? Die Verbände verfügten dazu weder über genügend Zeit, noch über Agitatoren zu dieser Pionierarbeit. Daß daneben eine starke Strömung bestand, die die politische Neutralität in den Gewerkschaften gewahrt wissen wollte, ist auch eine nicht gering zu bewertende Ursache für die unterlassene Aufklärung der Angestellten. All das hat bewirkt, daß große Teile der Angestelltenschaft, in bezug auf politische Aufklärung und Schulung sehr vernachlässigt worden sind. Die Folge war die wiedereingetretene Entfremdung der vordem schon erzielten gemeinsamen Anschauungen der Arbeiter und Angestellten.

Aber glaubt man, dadurch, daß man immer und immer wieder betont, die Angestellten sind „noch nicht reif" zum Zusammengehen mit den Arbeitern, in irgendeiner Beziehung etwas zu bessern und der Angestelltenbewegung etwas zu nutzen? Stößt man sie nicht vielmehr damit dauernd vor den Kopf und stellt ihnen einen Freibrief aus für das Fernbleiben von Veranstaltungen aufklärender Art und damit für ihre Indifferenz überhaupt? Wer will leugnen, daß gerade dadurch ein immer größerer Abstand zwischen Arbeiter und Angestellten geschaffen wird?

Es soll hier nicht ausführlich bewiesen werden, wieviel größer die Aktionskraft und auch die Macht jeder einzelnen Gruppe, der Arbeiter wie auch der Angestellten, auch bei Lohn- und Tarifkämpfen der einen Gruppe ist, wenn sie sich auf die andere stützen kann, wie das in Industrieverbänden der Fall sein würde. Hier, beim Zusammenschluß der Betriebsräte kommt in Frage, was niemand bestreiten kann, daß sowohl Arbeiter wie Angestellte bei Eindringen in den Produktionsprozeß und bei der Verwertung des erhaltenen Einblicks völlig aufeinander angewiesen sind, ohne einander macht- und bedeutungslos sein würden! Und warum soll diese natürliche, durch die praktische Tätigkeit im Betrieb sich ergebende Zusammenarbeit nicht außerhalb des Betriebes bei Versammlungen, Vorträgen und Kursen spezieller und allgemeiner Art fortgesetzt werden?

Als zweiter Grund für eine besondere zentralistische Erfassung der Angestellten-Betriebsräte wird angeführt, daß ein großer Teil der indifferenten Angestellten bei einem Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter in einer Organisation den freien Angestellten-Verbänden den Rücken kehren und zu den Gelben gehen würde. Es ist dies eine von den Prophezeiungen, die niemand beweisen kann, bevor sie nicht eingetroffen sind. Ich behaupte, das Gegenteil wird eintreten. Die jetzt noch von den gelben Organisationen irregeleiteten Angestellten werden auf Grund der Machtverhältnisse innerhalb des Betriebes sowohl als auch innerhalb der Industriegruppen erkennen, daß sie, gestützt auf die Arbeiter, viel eher die Möglichkeit der Erfüllung irgendwelcher Forderungen haben, als ohne oder gar gegen diese. Es dürfte doch nun bald kaum mehr Angestellten-Funktionäre geben, die noch nicht erkannt haben, daß die Unternehmer Arbeiter und Angestellte gegeneinander ausspielen, um ihrerseits Vorteil daraus zu schöpfen.

So werden die noch abseits stehenden Angestellten schon auf Grund der Kräfteverteilung, die zugunsten der Zusammengeschlossenen ausfällt, gezwungen sein, den Weg zu diesen zu finden. Andererseits aber tritt die hier nur befürchtete Zersplitterung der Angestellten ein, wenn, wie zu erwarten ist, ein großer Teil der Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten sich einem etwaigen Beschluß der „Afa" gegen ein Zusammenarbeiten mit den Arbeitern nicht fügen würde! Dieser Teil der Mitglieder könnte für sich den Beschluß der Gewerkschaftskommission, dem der Zentralverband der Angestellten angeschlossen ist, reklamieren.

Man hat also die Wahl zwischen der Möglichkeit, einen Teil indifferenter Angestellter zu verlieren, die sich doch sehr schnell durch die natürliche Kräfteverteilung, die die Verbindung mit den Arbeitern gegenüber dem Unternehmertum darstellt, und gedrängt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, der großen gemeinsamen Organisation anschließen würden, und der Gewißheit, den tatkräftigsten, bewußt gewerkschaftlich organisierten Teil der Angestellten zu verlieren.

Wenn die am Donnerstag zusammentretenden Betriebsräte der Angestellten aus dieser Perspektive die Frage der Zusammenfassung und gemeinsamen Arbeit der Betriebsräte der Hand- und Kopfarbeiter betrachten, wenn sie sich vor Augen halten, daß durch ihren Beschluß die Angestelltenschaft entweder wieder auf lange Zeit abgesondert von der Arbeiterschaft stehen würde oder, auf der anderen Seite durch die gemeinsame Arbeit die Unterlassungen des letzten Jahres nachgeholt werden können und die Angestelltenbewegung nutzbringend befruchtet werden würde, wodurch nicht nur ein Nutzen für die Angestellten, sondern ein Vorwärtstreiben der sozialen Revolution erzielt werden kann, so kann die zu fällende Entscheidung nicht zweifelhaft sein.

Köln am Rhein

Von Max Dortu.

Der Rhein ist heute morgen silbern wie ein Gießbach Tirols. Köln ist heilig umstrahlt. Von der Reinheit und Schönheit des hochsommerlichen Sonnenlichts.

Dieses Sonnenlicht ist eine Gloriole: sie steht um einen Kern: der Kern ist eine schwarze Hand: zwei Finger streckt sie zum Schwur. Der Kölner Dom schwört. Es ist der Schwur Gerhard von Riles: er sagt: daß Menschengeist immer suchend sein wird: suchend — um die Offenbarung aller Schöpfung: die Schönheit zu formen und sagen. Sie zu formen, zu sagen, tönen zu lassen — sie noch zu steigern suchen: das ist der höchste Gottesdienst der Menschheit. Aber nur — wenn er durchs eigene Herz hingeht!

Diebstahl. Man schreibt uns: Die „Freiheit" brachte in der Nummer 291 eine kleine Skizze „Der Dieb" von H. Gutmann, in welcher geschildert wird, wie ein kleiner Junge aus Hunger in einem Garten Obst stiehlt, gefaßt und von den Herrschaften verprügelt wird. Wenn er nun, statt den satten Bürgern, der Polizei in die Hände gefallen wäre? — —

Ich las dieser Tage den Briefwechsel Friedrich des Großen mit dem berühmten Encyklopädisten und französischen Philosophen d'Alembert. Dieser hatte bei Gelegenheit dem „alten Fritzen" gegenüber die Frage angeschnitten, ob in bestimmten Fällen (so jemand Hunger und Not leidet) Diebstahl gerechtfertigt sei. In der Antwort vom 5. April 1770 antwortet Friedrich der Große: „Wenn eine Familie von allen Mitteln entblößt ist, dann würde ich nicht zögern zu behaupten, daß Diebstahl ihnen erlaubt ist. Denn 1. sie finden keine andere Hilfe, 2. weil Frau und Kind sterben zu lassen vor Hunger, ein weit größeres Verbrechen ist, 3. weil der Anlaß zum Diebstahl ein tugendhafter ist." „Kein Tribunal", so schließt er, „würde einen solchen Dieb verurteilen!"

B. R.

(Anm. d. Red. Wir begrüßen die anregende Mitarbeit jedes Lesers aufs lebhafteste, weil wir überzeugt sind, daß einzig und allein durch ein wechselseitiges Zusammenwirken von Schriftleitung und Lesern — durch empfangendes Geben und gebendes Empfangen — unverfälschte Volksbildung und wahre proletarische Kultur aufwachsen können.)

Das nächste Volkskonzert des Blüthner-Orchesters, am Freitag, den 30. Juli, abends 7½ Uhr, in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32-38, findet als Tschaikowsky-Abend statt. Karten sind zu haben im Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 15 (Gewerkschaftshaus), Orchesterbureau Lützowstraße 76 (11 bis 1 Uhr), „Freiheit" Breite Straße und an der Abendkasse.

Kappisten bei der Post

Verfehlte Untersuchungsmethoden

Aus Kreisen der unteren Postbeamtenschaft erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Nach dem Märzputsch wurden bei allen Behörden und Verwaltungen besondere Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die den Treubruch der kappfreundlichen Beamten feststellen und gegen sie einschreiten sollten. Diese Ausschüsse arbeiten nun seit Monaten, jedoch ist das Ergebnis, da es sich in fast allen Fällen um höhere Beamte handelt, als völlig negativ zu bezeichnen.

Es wurden Unterausschüsse gebildet, die über die gemachten Feststellungen dem eigentlichen Untersuchungsausschuß berichten müssen. Die Praxis dieser Feststellungsausschüsse läuft darauf hinaus, Zwangsvergleiche abzuschließen, respektive die Angelegenheit zu vertuschen oder zu verdunkeln. Der Leiter des Berliner Untersuchungsausschusses z. B. beginnt die Vernehmung der Zeugen gewöhnlich mit einem Hinweis auf die schweren Strafen, denen sich die Zeugen aussetzen, wenn sie nicht die Wahrheit aussagen, oder wenn sich ihre Behauptungen gar als Verleumdung erweisen sollten. Da die Zeugen für gewöhnlich der mittleren oder unteren Beamtenschaft angehören, so lassen sie sich oftmals einschüchtern oder ihre Aussagen durch allerlei Auslegungen ins Gegenteil verdrehen. Oftmals werden die Rollen auch vertauscht und die Zeugen zu Angeklagten gestempelt. Ganz besonders versteht es ein Rechnungsrat, dessen Namen wir zunächst noch verschweigen, die Zeugenaussagen zu verdrehen, sodaß selbst die schlimmsten Aussagen stets zugunsten der Beschuldigten gedeutet werden.

Die unteren Postbeamten, sowie auch die mittleren und oberen Beamten, die sich bereits zu einer freieren Auffassung durchgerungen haben, haben den dringenden Wunsch, daß dieser Komödie ein Ende gemacht wird. Die Beamten haben es satt, in diesen Ausschüssen, wenn auch nur als Zeugen, mitzuwirken, die nach außen hin den Anschein erwecken sollen, als wenn gegen die Kappverbrecher vorgegangen wird, in Wirklichkeit aber nur dazu benutzt werden, um Unterbeamte, die ungünstige Aussagen machen, zu schikanieren oder gar zu maßregeln.

Beamte, die sich als Leiter der Untersuchungen so benehmen, gehören vor den Richterstuhl, genau wie die Kappisten selbst.

Die Hetze gegen Nicolai

Nach der lendenlahmen Erklärung, die der preußische Kultusminister und Rechtssozialist Konrad Hänisch zu dem Beschluß des Senats der Berliner Universität gegen den bekannten Pazifisten Professor Nicolai erlassen hat, war es kein Wunder, daß die Hetze gegen ihn weiter ging. Hänisch's Stellungnahme bedeutet nichts weiter als eine Anerkennung des Standpunktes des deutschnationalen Studentenpöbels und der gleichgesinnten Professoren, die durch Radauszenen Professor Nicolai an der Abhaltung von Vorlesungen verhinderten. Die Herrschaften haben daraus die Konsequenzen gezogen und auf dem in Göttingen stattgefundenen 2. deutschen Studententag gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, die dem Professor Nicolai die Würdigkeit abspricht, weiterhin an deutschen Hochschulen Vorlesungen zu halten. Kein Zweifel, Herr Hänisch wird auch diese neueste Unverschämtheit ruhig schlucken und keinen ernsthaften Versuch machen, dem Professor Nicolai die Ausübung des Lehramtes zu gewährleisten. Daß dieser Studententag außerdem noch Leitsätze annahm, nach denen Studierenden aus Sowjetrußland grundsätzlich die deutschen Hochschulen gesperrt werden sollen, muß eigentlich verwundern, nachdem die deutschnationale Presse sich seit einiger Zeit inbrünstig um die Liebe der Sowjetrepublik bewirbt. Auf jeden Fall zeigt auch dieser Beschluß die politische Borniertheit dieser Leute, die niemals kapieren werden, daß man mit Brutalität keine Ideen totschlagen kann. Den Marburger Mördern — wohlgemerkt: den Mördern — sprachen die Studenten selbstverständlich das Vertrauen aus. Eine famose Gesellschaft, aus der unsere späteren Richter, Pfarrer und Diplomaten hervorgehen!

Der weiße Terror in Ungarn

Eine neue Untersuchung

DA. Budapest, 28. Juli.

Auf Wunsch der ungarischen Regierung hat das Internationale Arbeitsamt in Genf soeben beschlossen, eine Abordnung nach Ungarn zu entsenden zur Untersuchung des weißen Schreckens. Auch der Internationale Gewerkschaftsbund, der den Boykott gegen Ungarn verhängt hat, bestimmte mehrere Mitglieder zur Teilnahme an dieser Untersuchungskommission. Die französischen Gewerkschaftler werden darin durch Jouhaux, die italienischen durch Baldesi, die österreichischen durch Hüber vertreten sein. Die Untersuchungskommission wird ihre Reise nach Budapest in den ersten Augusttagen antreten.

Der Verein ungarischer Arbeiter in Hamburg übersandte, wie wir erfahren, dem Internationalen Arbeitsamt folgendes Schreiben: „Der Verein ungarischer Arbeiter in Hamburg spricht dem Internationalen Gewerkschaftsbund für sein tatkräftiges Eintreten zugunsten unserer geknechteten Arbeiterbrüder in Ungarn und gegen den weißen Terror seinen herzlichsten Dank aus. Wir hoffen, daß der tatkräftig geführte Boykott gegen den weißen Schrecken zu einem Erfolg für die ungarischen Arbeiter ausschlagen wird. Wir bitten Sie, allen am Boykott beteiligten Arbeitern unseren brüderlichen Gruß zu übermitteln."

Die Regelung der Getreidepreise

Die „P. P. N." melden:

Zu der Verordnung über die Preise für Getreide aus der Ernte 1920 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Ausführungsbestimmungen erlassen. Sie enthalten Vorschriften über die Bewertung des Getreides sowie nähere Bestimmungen über die Lieferungsbedingungen. Hierbei sind die Bestimmungen über die Säcke nicht mehr in die Ausführungsbestimmungen selbst aufgenommen, sondern der Reichsgetreidestelle überlassen worden, da es wegen der dauernd schwankenden Sackpreise erwünschter schien, die Bestimmungen schnell abändern zu können.

Durch die Ausführungsbestimmungen sind außerdem die Höchstpreise für Saatgut festgesetzt worden. Sie betragen für die erste Absaat bei Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emer und Einkorn 2110 M., bei Roggen 1970 M., bei Gerste und Hafer 1820 M. für die Tonne. Die Preise für zweite Absaat sind 100 Mark, die für dritte 200 M. und die für Handelssaatgut 300 M. niedriger festgesetzt worden.

Aufruf

Betrifft Freikorps von Lützow

In den Tagen des Kapp-Putsches veröffentlichte unser Remscheider Bruderblatt, die „Bergische Volksstimme", einen Artikel „Der Bandenführer von Lützow", in dem das Treiben dieses reaktionären Offiziers in gebührender Weise beleuchtet wurde. Insbesondere wurde auf die Untaten hingewiesen, die sich das genannte Freikorps im Laufe des letzten Jahres in Deutschland zuschulden kommen ließ. Herr von Lützow fühlte sich in seiner Ehre gekränkt und stellte Strafantrag. Unsere Remscheider Genossen sehen diesem Prozeß mit größter Ruhe entgegen, weil er endlich einmal Gelegenheit gibt, das Treiben der Freikorps von allen Seiten zu beleuchten.

Herr von Lützow war nachgewiesenermaßen an der Kappverschwörung beteiligt. Trotz des erdrückenden Beweismateriale, das sich schon allein aus den bei den Kämpfen in Remscheid erbeuteten Aktenmaterial des Freikorps Lützow ergibt, wäre es erwünscht, wenn alle diejenigen, die Gelegenheit hatten, Lützow näher kennen zu lernen, ihre Angaben mit genauer Adresse an die Redaktion der „Bergischen Volksstimme" in Remscheid, Bismarckstr. 59, richten würden. Das Freikorps Lützow hat an den Kämpfen in Berlin, Braunschweig, München und Oberschlesien teilgenommen. Alle Untaten, die dabei verübt worden sind, müssen vor Gericht bloßgestellt werden. Die Zeugen aus Berlin können ihre Adresse in der Redaktion der „Freiheit" abgeben.

Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten!

Der Fetzen Papier

Zu den Berichten über unsere Versammlungen am Dienstag tragen wir noch den folgenden über eine zahlreich besuchte und glänzend verlaufene Demonstration in den Germania-Prachtsälen nach. Dort referierte

Genosse Ernst-Hagen.

Er betonte, daß die ganze Situation darauf hindeute, daß der Zeitpunkt nahe sei, um eine gewaltige Umgestaltung in den einzelnen Staatskörpern und der bestehenden Gesellschaftsform vorzunehmen. Das deutsche Bürgertum habe geglaubt, den Friedensvertrag als einen Fetzen Papier behandeln zu können. Es habe aber inzwischen erfahren müssen, daß in diesem Fetzen Papier allerhand steht, was für das deutsche Wirtschaftsleben und für das deutsche Volk von schwerwiegender Bedeutung ist.

Ueber die Entwaffnungsfrage führte der Gen. Ernst aus, daß wir mit der Lösung, wie sie die Entente will, einverstanden sein könnten, weil die Forderung der Entente die Forderung der revolutionären Sozialdemokratie sei. Wir fordern die Beseitigung des deutschen Militarismus, weil sie mit eine Vorbedingung dafür ist, den Sozialismus zum Siege zu führen. Die deutschen Vertreter in Spaa seien nicht geeignet gewesen, über die Bestrafung der Kriegsverbrecher zu verhandeln, weil sie selbst nicht an den Verhandlungstisch, sondern als Kriegsverbrecher vor ein Revolutionstribunal gehörten.

Die Kohlenfrage solle auf Kosten der Bergarbeiter gelöst werden, denn die Steigerung der Kohlenproduktion solle erfolgen durch höchste Anspannung der Arbeitskraft und Verlängerung der Arbeitszeit. Aber die deutschen Bergarbeiter denken nicht daran, sich vor den kapitalistischen Karren spannen zu lassen, auch wenn ihnen mehr Nahrungsmittel versprochen werden. In den nächsten Wochen werde man zu der Erkenntnis kommen, daß auf diese Weise die Kohlenfrage nicht gelöst werden kann. Die Kohlenförderung sei in vielen Gruben höher als vor dem Kriege gewesen. Es sei aber trotzdem Kohlenmangel eingetreten, da die Kohlen ins Ausland verschoben worden seien. Die deutsche Regierung habe alle Veranlassung, auf Grund der Abmachungen von Spaa die Kohlenförderung streng zu überwachen. Aber solange die Gruben weiter in den Händen von Privatkapitalisten bleiben, wird der Kohlenwucher, gegen den alle anderen Schiebungen Kinderspiele seien, fortbestehen. Wir müssen darum aufs energischste die Sozialisierung des Bergbaus fordern. Deutschland habe jetzt

zwei Ausbeuter:

den deutschen und den Ententekapitalismus. Das deutsche Proletariat müsse schon aus diesem Grunde alles daran setzen, den Kapitalismus im eigenen Lande zu beseitigen. Die Weltrevolution werde dann mit dem zweiten Ausbeuter aufräumen.

Der Referent zeigte an der Rede Simons den Gegensatz zwischen der rein bürgerlichen und den vorhergehenden Regierungen mit den Rechtssozialisten. Die Beteuerungen der Rechtssozialisten, es sei möglich, eine andere Politik zu führen, seien dadurch widerlegt und einer rein bürgerlichen Regierung sei es vorbehalten geblieben, eine bessere und ehrlichere Politik zu treiben, als diese sogenannten Sozialisten.

Die Forderung der U. S. P., mit Sowjetrußland in freundschaftliche Beziehungen zu treten, sei stets unbeachtet geblieben. Es ist unsere dringendste Pflicht, Sowjetrußland in seinem Kampfe gegen Polen zu unterstützen. Die Arbeiterschaft der Welt aber sei entschlossen, keine Mittel unversucht zu lassen, um den Waffen- und Munitionstransport nach Polen abzuhalten. Dieser Wille zeige sich sowohl in England, Frankreich und Deutschland. Und diese Einigkeit habe dazu beigetragen, daß Polen auf Veranlassung der Entente Rußland den Waffenstillstand angeboten habe. Sollte Frankreich versuchen, mit Truppen Polen zu Hilfe zu kommen, so müssen wir dem mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Die Reaktion in Deutschland werde uns bei diesem Kampfe, der der Erringung des Sozialismus diente, in den Rücken fallen. Darum kommt es auf die Geschlossenheit des internationalen Proletariats an, ob es aus diesem Kampfe siegreich hervorgehen werde.

Gewerkschaftliches

Der Malerstreik beendet

Der ohne Mitwirkung der Organisation in 45 Betrieben ausgebrochene Streik hat mit einem Erfolg geendet. Die Maler, die die Lohnbedingungen der Bauarbeiter fordern, haben wesentliche Lohnzulagen erhalten. Die Löhne wurden auf 6 bis 6,80 Mark pro Stunde erhöht. Auch wurden örtliche Verhandlungen vor dem Haupttarifamt zugesichert, die kommenden Mittwoch beginnen sollen. Nach den gestern in der Viehhofbörse gefaßten Beschlüssen der Maler wurde die Arbeit heute wieder aufgenommen. Ueber die Betriebe, die bis Sonnabend entgegen der Zusicherung des Arbeitgeberverbandes die Streikenden nicht wieder einstellen, wird die Sperre verhängt werden.

Damenkonfektion. Der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarif für die Damenkonfektion ist mit Wirkung vom 1. Juli d. J. formell abgeschlossen. Die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen am 8. Juni 1920 haben zu einer Einigung nicht geführt. Von uns neu beantragte Verhandlungen konnten nicht stattfinden, da die Vorstandsmitglieder des Verbandes der Damen- und Mädchenmäntel-Fabrikanten sich zurzeit im Urlaub befinden. Auf telephonischem Anruf wurde uns jedoch zugesichert, daß Anfang August d. J. neue Verhandlungen zum Aus- und Umbau des Tarifes in die Wege geleitet werden. In der Zwischenzeit ist uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß die Fabrikanten versuchen, an den bestehenden Löhnen Abzüge zu machen. Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich unter keinen Umständen etwas vom Lohn abziehen zu lassen, und jeden einzelnen Fall unserem Bureau zur Kenntnis zu bringen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, wenn auch der Tarifvertrag formell im Augenblick nicht besteht, trotzdem die Löhne weitergezahlt werden müssen, und werden jeden einzelnen Fall, der bei uns gemeldet wird, solange, wie das Tarifschiedsgericht nicht tagen kann, vor den Schlichtungsausschuß anhängig machen. Es gilt, die Arbeitgeber unter allen Umständen zu verpflichten, die seitherigen Tarifsätze nach dem bestehenden Tarif weiter zu entlohnen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.
Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.

Auto-Repr.-Betriebe Groß-Berlin. Die Betriebsvertreter treffen sich Freitag, den 30. Juli, abends 1/2 6 Uhr, im Lokal Joststr. 7.

Groß-Berlin

Die Aufbau-Schieber

Wir berichteten bereits über die Schwindeleien des „Zweckverbandes Oberschlesien", der in nicht weniger als vier Monaten angeblich für Oberschlesien 1 200 000 Mark gesammelt hat, dieses runde Sümmchen aber in der eigenen Tasche verschwinden ließ.

Der „Vorwärts" berichtet nun in der heutigen Morgenausgabe über recht innige Verbindungen dieser „Aufbauzentrale" mit Persönlichkeiten der **Reichswehrbrigade 3**. Er schreibt u. a.

„Das offizielle Organ der sogenannten „Aufbauzentrale" war die Wochenschrift „Neues Werden", die zwar nur etwa ein Dutzend wirklicher Abonnenten besaß, dafür aber um so größere Summen verschlang. Als Herausgeber zeichnete ein gewisser Waldemar Rösler-Berlin, bis vor kurzem **Nachrichtenoffizier in der Reichswehrbrigade 3**. Als Schriftleiter des Organs fungierte Dr. Gerhard Lichter-Charlottenburg, der zu gleicher Zeit der **Schriftleiter des Organs der Reichswehrbrigade 3, der Zeitschrift „Eichenlaub", ist.** Auch sonst steht diese **Formation in auffallend enger Verbindung** mit der Wochenschrift. Seinerzeit leitete ein Hauptmann Stähle, Chef der Propagandaabteilung der Brigade, Verhandlungen über eine Verbreitung der Zeitschrift innerhalb der Brigade und deren finanzielle Unterstützung durch den Propagandafonds. Auch der aus den Kapptagen bekannte Unteroffizier **Willi Künzel**, der durch seine bald kappfreundlichen, bald kappfeindlichen, aber immer gleich geistlosen Dichteleien einen billigen Ruhm errang, steht in innigem Konnex mit den Herausgebern des „Neues Werden"."

Da hätte sich ja ein recht nettes Konsortium zusammengefunden. Hauptmann Staehle (nicht Stähle) ist uns auch recht gut bekannt. Er war während des Krieges Nachrichtenoffizier der 4. Armee. Bei Ausbruch der Revolution schloß er sich in sein Zimmer ein und weinte Tag und Nacht, wahrscheinlich darüber, weil er nun nicht mehr durch holländische Agenten und Feldpolizisten Lebensmittel aufkaufen lassen und nach Deutschland schaffen konnte. Sein Bursche, ein biederer Westfale, war ständig auf Reisen oder mit Packen beschäftigt. Herr Staehle wird sich inzwischen ja beruhigt haben, es wird ihm auch in der Republik ganz gut gefallen. Die Zukunft für ihn blieb ja genau so glanzvoll, wie die Zeit, in der er als N.-O. sein Zepter schwang und direkter Vorgesetzter des Kapp-Pressedezernenten v. Heimburg war.

Der Dritte in diesem Bunde, „Herr" Unteroffizier Künzel, ist der bekannte Drahtverhaupoet der Reichswehrbrigade 3, der nichts anderes zu tun hat, als auf Kosten der Allgemeinheit sein Gehirn zu wälzen und Gedichte zur Verherrlichung der Mordtaten der Reichswehr auszubrüten. Eigentlich ist es wieder an der Zeit, daß dieser Ranggenosse des Regierungspräsidenten von Hannover befördert wird.

Am Schlusse seiner Betrachtungen schreibt der „Vorwärts":

„Werden dem Reichswehrminister nun endlich die Augen einmal darüber aufgehen, daß unter den sogenannten Kappisten nicht nur Heilige und Märtyrer ihrer Ueberzeugung sind, sondern zum großen Teil jene Individuen, die stets da zu finden sind, **wo ihnen der höhere Lohn winkt?**"

Wie kann ausgerechnet der „Vorwärts" verlangen, daß dem Reichswehrminister nunmehr ein Seifensieder aufgehen müsse? Er jubelte dem Schöpfer der Reichswehr zu und verherrlichte dies reaktionäre Gebilde in allen Tönen. Ohne Noske kein Kapp! Der „Vorwärts" benötigte 1½ Jahre, um die Reichswehr so einzuschätzen, wie wir es immer taten. Deshalb ist es unbillig, von einem Demokraten-Minister zu verlangen, daß er in einigen Monaten sich zu der Ansicht des „Vorwärts" durchringen soll.

Lehrgänge in der Wohlfahrtspflege. Die wachsenden Aufgaben auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege verlangen dringend eine sachgemäße Ausbildung und Schulung der auf diesem Gebiete tätigen Beamten und Ehrenbeamten. Zum Herbst dieses Jahres sollen daher Ausbildungskurse eingerichtet werden, die Unterweisung und Fortbildung auf den Gebieten der allgemeinen Fürsorge und Armenpflege, der Jugendwohlfahrt, dem Gesundheits-, Wohnungs- und Arbeitsnachweiswesen, sowie der Sozialversicherung zu bieten bestimmt sind. Die Lehrgänge werden unterhalten von den führenden Groß-Berliner Wohlfahrtsorganisationen (Rotes Kreuz, Frauengruppen für soziale Arbeit, Zentrale für private Fürsorge, Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt). Die städtischen Behörden, sowie die Beamtenorganisationen haben sich mit starkem Interesse an den Vorarbeiten beteiligt. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle Berlin W. 35, Am Karlsbad 23 I.

Die Betrugsmanöver in der Erwerbslosenfürsorge halten trotz der behördlichen Mahnung in unvermindertem Umfange an. Von der Zentralstelle werden täglich Fälle ermittelt, in denen Personen seit langer Zeit irgendwelche Beschäftigung gegen Entgelt verrichten und daneben ihre Unterstützung nach wie vor in voller Höhe weiter beziehen. Auch die Urkundenfälschung ist an der Tagesordnung. Im Hinblick auf die Verwerflichkeit dieser Handlungsweise, die eine schwere Schädigung der Allgemeinheit und der anständigen Erwerbslosen in sich birgt, haben die Strafgerichte nach dem bisher vorliegenden Ergebnis über die Beschuldigten empfindliche Strafen — über drei Monate Gefängnis und Geldstrafen bis zu 500 M. — verhängt. Die Verpflichtung zur Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Unterstützungen bleibt hierbei unberührt. Vor irgendwelchen Betrugsversuchen zur Verschaffung vermögensrechtlicher Vorteile wird daher eindringlich gewarnt.

Vereitelter Raubmord. Ein neues schweres Verbrechen ist gestern abend durch das Eingreifen der Berliner Kriminalpolizei vereitelt worden. Dieser war in der siebenten Abendstunde zur Kenntnis gelangt, daß ein Juwelier und Goldwarenhändler in der Potsdamer Straße überfallen und ermordet und der ganze Laden ausgeplündert werden sollte. Kriminalkommissar Werneburg und Kriminaloberwachtmeister Dettmann besetzten mit mehreren Beamten den in Frage kommenden Häuserblock. Kurz vor 8 Uhr kam ein großer, kräftiger Mensch, der den Juwelierladen aufsuchen wollte. Er war der Anführer der Bande, die den Raubüberfall plante. Kriminalkommissar Werneburg und Oberwachtmeister Dettmann und Klemm griffen sofort zu, doch riß sich der Verbrecher los und versuchte die Flucht zu ergreifen. Die Beamten setzten ihm sofort nach und auch das Publikum beteiligte sich. Es gelang, ihn schon nach wenigen Schritten dingfest zu machen und zu überwältigen. Inzwischen war es den anderen Beamten gelungen, einen Helfershelfer festzunehmen. Beide wurden nach der Kanalwache in der von-der-Heydt-Straße gebracht. Hier wurden sie festgestellt als ein 25 Jahre alter, aus Memel gebürtiger Schlosser Richard Schaack, der sich wohnungs- und arbeitslos in Berlin umhertrieb, und ein 24 Jahre alter Schlosser Hugo Kern aus der Ludwigkirchstraße 3. Schaack hatte versucht, auf der Flucht einen „Totschläger" von sich zu werfen. Kern hatte einen Revolver mit drei Rahmen Patronen und eine Flasche mit Aether bei sich. Die Verhafteten und mit ihnen noch mehrere andere Verbrecher hatten beabsichtigt, den Juwelier, einen alleinstehenden Junggesellen, zu ermorden und den ganzen Laden, der hohe Werte an Schmucksachen enthielt, auszurauben. Der Plan war von langer Hand vorbereitet worden.

Eine unverbesserliche Diebin wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Eine schon wiederholt vorbestrafte Emilie K. war im Oktober vergangenen Jahres aus dem Zuchthaus in Sagan, wo sie noch eine längere Strafe zu verbüßen hatte, entflohen. Sofort nahm sie, wie zahlreiche Anzeigen bald erkennen ließen, in Berlin ihre alte Spezialität wieder auf. Sie vermietete sich als Aufwärterin, bis sie sich das Vertrauen ihrer Herrschaft erworben hatte und nahm dann die erste beste Gelegenheit wahr, dieses gründlich zu mißbrauchen, indem sie unter Mitnahme zum Teil sehr hoher Werte heimlich verschwand. Gestern wurde sie auf der Straße von einem Bestohlenen wiedererkannt. Er ließ sie festnehmen. Bei der Kriminalpolizei liegen nicht weniger als 14 Strafanzeigen gegen sie vor, doch ist ihr Schuldkonto keineswegs erschöpft.

Aushebung eines Roulette- und eines Baccarat-Klubs. In der vergangenen Nacht gelang es den Beamten des Spielerdezernats wieder zwei Spielklubs, die in Privatwohnungen tagten, auszuheben. Bei einer Frau Dr. Siegfried am Belle-Alliance-Platz 7–8 war es ein Rouletteklub, der im vollen Betrieb war, als die Beamten in die im dritten Stockwerk belegenen Räume überraschend einfielen. Die zweite Spielergesellschaft, ein Baccarat-Klub, hatte sich in der Wohnung eines Kaufmanns Abraham Gutfeld am Siegmundshof 1 schon seit längerer Zeit ein regelmäßiges Stelldichein gegeben. Auch hier wurden wie in dem ersten Klub die Spielgeräte beschlagnahmt, und gegen die Wohnungsinhaber, die Spielleiter und die Mitspieler ein Strafverfahren eingeleitet.

Der geheimnisvolle Todesfall in der Winterfeldstraße 7, über den wir im gestrigen Morgenblatt berichteten, hat bereits seine Aufklärung gefunden. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß Helene Löffler aus Eifersucht Selbstmord begangen hat. Ihr Freund wurde gestern in einem Hotel in der Chausseestraße ermittelt und verhaftet, da er bereits seit längerer Zeit von der Polizei gesucht wurde.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Zunächst größtenteils bewölkt, mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden. Nachher wieder vielfach heiter, außer mittags ziemlich kühl.

Aus den Organisationen

3. Distrikt. Die heute morgen angekündigte öffentliche Versammlung in der Schulaula Oliver Straße fällt aus.

18. Distrikt. 3. Abteilung. Freitag, den 30. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Kristianiastr. 6, Abteilungsversammlung. Vortrag des Genossen Bloch über wirtschaftspolitische Fragen.

Neukölln. Jeder Bezirk stellt vier Ordner zum Bezirksfest am 1. August. Die Ordner treffen sich Sonnabend, 7 Uhr, in der Kindl-Brauerei.

Charlottenburg. 30 Juli, 7 Uhr, Fettkommissionssitzung bei Haase, Spreestr. 50.

Lichtenberg. 3. Viertel. Ausflug am Sonntag. Am Augustaplatz, Abmarsch um 1 Uhr.

Treptow-Baumschulenweg. Heute, 7 Uhr, im Lokal Rother, Kiefholzstr. 35, Vorstandssitzung. Daran nehmen teil die Arbeitskommission der Ferienspieler und die Frauenkommission, sowie die Obleute der Elternbeiräte.

Glienicke (Nordbahn). Vom Freitag, den 30. d. M. ab werden bei den Kleinhändlern ausgegeben: auf Abschnitt 39 der Lebensmittelkarte 250 Gr. Haferflocken, 250 Gr. Marmelade, 250 Gr. Erbsen.

Elternbeiräte der 39., 183., 196., 14., 72., 106., 10., 75., 308., 290., 285., 202., 70. Gemeindeschule und 14. Hilfsschule sowie die Helferinnen der 6. Ferienspielstelle, Müllerstr. 158, Freitag, 6½ Uhr, Versammlung in der Aula der 39. Gemeindeschule (kath.).

Elternbeiräte der 18. Hilfsschule, der 32., 73., 118., 127., 147., 225., 244. und 245. Gemeindeschule, ebenso die Helferinnen der Quäkerspeisungsstelle, Pankstraße 17, Sitzung bei Bierbaum, Bastianstr. 2, Freitag, 7 Uhr.

Vereinskalender

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Abteilungsbezirk Berlin. Fahrplan für den 1. August: Fürstenwalde—Trebuser See, Abf. 5.30 nachm. vom Schles. Bahnhof. 2. Königswusterhausen—Krüpelsee, Abf. Sonnabend 7.20 und Sonntag 5.40 vom Görlitzer Bahnhof. 3. Königswusterhausen—Zeuthen(?)—Lebnitzsee, Abf. am Sonnabend, 6 Uhr, vom Görlitzer Bahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, den 1. August, Wanderfahrten: 1. durch den nördlichen Gamengrund. Abf. 6 Uhr Wriezener Bahnhof bis Tiefensee. 2. Wannsee—Römerschanze—Jungfern-See—Potsdam. Abf. 5.36 Schlesischer Bahnhof und 5.45 Wannsee-Bahnhof. Treffpunkt Bahnhof Wannsee. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin e. V. Bezirk Westen. Uebungsstunde Freitag, 7½ Uhr, im Lokal von Hübel, Schöneberg, Barbarossastr. 11.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppenausschußsitzung der Fachgruppe 1 c am Freitag, 7½ Uhr, in der Geschäftsstelle des Bundes.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Freitag, den 30. Juli 1920, nachts 12 Uhr, außerordentliche Versammlung der Sektion 2 im Café „Eldorado", Beuthstraße Ecke Kommandantenstraße.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche Gewerbl. Angest., Kriegsorganisation. Freitag, 5 Uhr, Branchenversammlung im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72.

Soz. Prol.-Jugend, Wedding 1. Heute, 7 Uhr, Bunter Abend in den Pharussälen, Müllerstr. 142. — Freitag, bei Krall, Utrechter Str. 22, Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str. 1.

Oeffentliche Versammlung
Freitag, den 30. Juli, abends 7 Uhr
in den **Sophien-Sälen,** Sophienstraße:
Mutter u. Kind in Sowjet-Rußland.
Zur Deckung der Unkosten 50 Pfg.
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
Bez. Groß-Berlin.

Im Bureau- und Kassendienst der Gemeinde Berlin-Reinickendorf sind
mehrere Stellen frei.
Im Bureau- und Kassenwesen
erfahrene Bewerber
wollen sich umgehend melden. Gehalt nach dem Berliner Tarif für nichtständige Angestellte.
Berlin-Reinickendorf, den 28. Juli 1920.
Der Gemeindevorstand.

Spiralbohrer Schmirgelsteine, nur neue, kauft Müller, Neue Königstr. 38 (Alexanderplatz.)

Leser u. Leserinnen beachtet die **Kleinen Anzeigen!**

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Lebensmittelgeschäft, gutgehend, verkauft krankheitshalber Schlurow, Pankow, Schulzestraße 30.

Pelzgarnituren! Maskefüchse 115, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse, sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Verfallware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Gardinen, Fenster dreiteilig, 26.— aufwärts. Gardinenstoffe, reiner Zwirn, 5.— an. Stores, Bettdecken, Gardinenreste, spottbillig. Zimri, Düsseldorfer(?) Teel I, Ringbahnhof Schönhauser Allee.

Gardinenverkauf Deutsch Landsberger Straße 13.

Gardinenverkauf, herabgesetzte Preise, Küchengardinen 28.—, Stubengardinen 65.—, Scheibengardinen 4.—, Bettdecken 45.— Mk., ferner Riesenauswahl eleg. Stores, Künstlergardinen, Madrasgardinen, Diwandecken, Tischdecken, Teppiche, Läuferstoffe usw. Fried, Prinzenstr. 34. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Erstklassige Jackettanzüge, Friedensstoffe, verkauft sehr billig Charasch, Luitpoldstr. 8, vorn 1, Nähe Nollendorfplatz.

Genossen! Anzüge, ebenbürtig jeder Maßarbeit, in Blaukammg., Twill sowie Cutaway, gestreifte Hosen, Paletots, finden Sie nur bei Burgherr, Brüher Straße 20, v. II. 50% billiger wie im Laden.

Möbel

Chaiselongues 150,— bis 680,—, Metallbetten 396,— bis 2050,—, weiße Schlafzimmer Aleicke, Augustastr. 32a, Quad.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 480 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Selten billig! Schlafzimmer, hellreiche, nußbaum, 130–160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen. Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Chaiselongues 200.00 bis 500.00, Patentmatratzen, Auflegematratzen 175.00. Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Fahrräder

Fahrradgummi billiger! Riesenposten. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Werkzeuge u. Maschinen

Kaufe neue Spiralbohrer. Urbanski, Müllerstr. 133a.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft höchstzahlend Hennig, Schierkestraße 35, Neukölln 825.

Spiralbohrer, Werkzeugstahl, konisch, kauft Amthor, Christburger Str. 41.

Spiralbohrer, neue, kauft P. Schweizer, Reinickendorf, Provinzstr. 94, ptr.

Spiralbohrer, Feilen, Werkzeuge, Drahtstifte, neu, kauft nach 3 Gein, Blankenfeldestraße 5, vorn part.

Spiralbohrer. Dreibackenfutter, Bohrfutter, kauft höchstzahlend Autowerkstatt, Belle-Alliance-Straße 105.

Aufkäufer! Suche Werkzeuge aller Art wie: Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen, Zangen, Handhämmer, Feilkloben, Maschinen-, Schloß- und Holzschrauben, Zentrierbohrer, Stechbeitel, Hobeleisen, Hand-, Küchen- und Stichsägen, Holzmaßstäbe, Holzraspeln, Feilen aller Art. Bohrwinden, Handbohrwinden. Alt-Kupfer, Messing, Lötzinn, Werkzeug- und Schnellstahl, Schmirgelsteine usw. Arthur Zwick, O. 34, Richthofenstr. 10. Tel.: Kgst. 8667, Telegr.-Adresse: Werkzeugzwick-Berlin.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten kauft Marten, Löwestraße 5, v. III.

Spulendrähte, zweimal Seide, 0,10 0,12 0,18, kauft Heumüller, Dresdener Str. 106. Mpl. 13 607.

Spiralbohrer kauft gegen sofortige Kasse. Schulze, Friedenau, Wiesbadener Str. 6, Pfalzb. 4875.

Spiralbohrer kauft jeden Posten Lange Str. 13, Eingang Krautstr., Laden.

Kaufgesuche

Ankaufstelle. Schallplatten, Tafelleim. Polsterfabrik, Schaliper Str. 3.

Leim, Schellack, Bindfaden, Möbelstoff kauft Herbst, Tapezierer, Gr. Hamburger Str. 18-19.

Vornehme Jacketts, Smokings, Frackanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Hosen kaufen Sie am billigsten im Leihhaus Rosenberg, Rosenthaler Straße 14.

Entlassungs-Anzüge, Ulster, Stiefel, höchstzahlend. Wanner, Dragonerstr. 5.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Bleiweiß, Terpentin kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen. Handlung chemischer Produkte, Wilhelm-Stolze-Straße 22 (Kgst. 7317).

Elektrischer Einkauf. Draht, Kabel, Litzen, Motoren, Glühlampen, sowie alle Installationswaren. Einkaufszentrale Fennstraße 52 (Moabit 6094).

Pfandscheine, Wertsachen, kauft mit Rückkaufsrecht Schmidt & Eggers, Schöneberg, Sedanstr. 65.

Unterricht

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. Nachfragen „Lagerkarte 497", Briefpostamt Berlin.

Verschiedenes

Haararbeiten, Willomstr. 94.

Verteidigung, erfolgreiche in Strafsachen! Zivilprozesse, Beobachtung! Ermittelung! Ehescheidung! Alimentenklagen! Gnadengesuche! Strafaufschub! Straflöschung! Haftentlassung! Verträge! Testamente! Kostenlose Rechtsberatung! 74, Blumenstraße 74, altbekanntes Rechtsbüro! Langjährig bestehend. Sprechstunden 9—7, Sonntags 9—2.

Alte Herrenhüte werden schnell und preiswert gereinigt, umgepreßt und modernisiert. Deutsche Hutkompagnie, Neukölln, Hermannstr. 42/43, Berlin, Brunnenstr. 63, Steglitz, Schloßstraße 102.

Frackverleih - Institut Friedrichstraße 122-123, Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge für jede Figur passend, vorrätig.

Arbeitsmarkt

Angestellte großer Betriebe finden hohen Nebenverdienst. Schokoladenhaus Stanke, Neukölln, Boddinstr. 44.

Tüchtige Reinemachefrauen und Waschfrauen, Aufwärterinnen. Zu erfragen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rückerstr. 9, Norden 2796.

Junger Kaufmann, verbgewerksch., politisch organisiert, **sucht Stellung als Expedient** oder dergl. Off. u. O. W. 24 Exp. d. „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Inserate für die Abend-Freiheit müssen spätestens **bis 10 Uhr vorm.** für den darauffolgenden Tag **bis 4 Uhr nachmittags** bei der Expedition, Berlin C. 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.